

# Post aus Berlin

Rundbrief der  
AfD Landesgruppe Bayern  
im Deutschen Bundestag



[www.afdbayern.de](http://www.afdbayern.de)

**AfD**

A large, bold, white "AfD" logo is positioned in the bottom right corner. A red arrow, matching the one in the smaller logo, points from the bottom of the "D" towards the right edge of the page.

## Ein Wort zu „75 Jahre Verfassungskonvent Herrenchiemsee“

Eine gerne wahrgenommene Pflichtveranstaltung als Bundestags-Abgeordneter ebenso wie als Bundesvorstand der Rechtsstaatspartei „**Alternative für Deutschland**“: Der Festakt anlässlich des 75. Jahrestags des Verfassungskonvents Herrenchiemsee von August 1948.

Der Abschlussbericht enthielt neben einigen grundsätzlichen Erwägungen zum künftigen Staatsgebilde auch einen vollständigen Verfassungstext mit 149 Artikeln. Dieser Entwurf wurde dann über den „Parlamentarischen Rat“ bis 1949 zum „Grundgesetz“ fertiggestellt.

Persönlich bin ich Pragmatiker: Wäre das Grundgesetz seit 1949 nicht über 60-mal umgeschrieben oder erweitert worden, so wäre es heute eine der weltbesten Verfassungen. Doch noch immer ist es ein sehr GUTES Grundgesetz. Eine Verfassung kann niemals ALLES regeln. Es sind oftmals eher Richterrecht und „**das Nähere regelnde**“ EINFACHGesetze, die den nationalen, individuell-liberalen freiheitlichen Geist von 1948/49 heute ab und zu verdecken und manchmal geradezu grotesk ins Gegenteil verkehren. LINKE Plan- und Kollektivideologie beginnt unterhalb der Verfassungsebene alles was RECHT(S) ist leider zunehmend zu bedrängen...

**Mein Fazit: Respektieren und wertschätzen wir das Grundgesetz – was legitime Kritik an einzelnen Urteilen wegen Falschauslegung des GG im Einzelfall nicht ausschließt. Andere Nationen haben auch keine bessere, freiheitlichere Verfassung. Der Wortlaut des GG von 1949 war der einer sehr guten Verfassung. Es liegt an uns, dem Souverän, was innerhalb des Rechtsrahmens des GG aus unserer Gesellschaft gemacht werden kann. Wichtiger als das ohnehin unmögliche Heilen einzelner historischer Probleme von 1948/49 ist darum die Gegenwart: Der Souverän NIMMT sich seine Souveränität im Rahmen des Rechts. Das umfasst auch das WAHLrecht. Souveränität erlangt ein Volk, das diejenigen Parteien an die Regierung wählt, die noch an einen souveränen Nationalstaat glauben und dafür kämpfen. In Deutschland gibt es davon nur noch eine einzige.**

\*\*\*

**Die Vollversion mit Leserkomentaren finden Sie hier:**

<https://www.pboehringer.de/75-jahre-verfassungskonvent-herrenchiemsee>

## Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Haushaltspolitischer Sprecher der AfD Fraktion
- Obmann und ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss
- Obmann im Unterausschuss zu Fragen der EU
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der EU
- Mitglied im Vorstand des Kuratoriums der KENFO-Stiftung

 pboehringer

 PeterBoehringer

 peter.boehringer@bundestag.de

 pboehringer

 www.pboehringer.de

 Peter.BoehringerCom

 pboehringer\_mdb

 pboehringer

## Ein vollgepacktes Programm in Berlin

Im Juli und August folgten wieder jeweils rund 40 interessierte Bürgerinnen und Bürger aus den Wahlkreisen Dingolfing, Rottal-Inn und Umgebung meiner Einladung von Dienstag bis Freitag in die Bundeshauptstadt Berlin.

Nachdem der erste Tag noch etwas entspannt der Anreise mit dem Reisebus und dem Hotel-Check-in diente, waren die nächsten beiden Tage vollgepackt mit einem informationsreichen Programm.

Die Führungen durch die Gedenkstätte Deutscher Widerstand, im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide und durch die Ausstellung des Tränenpalasts glichen einer politischen Zeitreise durch Berlin. Die Gedenkstätte gab Einblicke zum Stauffenberg-Attentat zur Zeit des zweiten Weltkriegs. Das Dokumentationszentrum dokumentiert die Lebenssituation der Zwangsarbeiter in der Zeit des Nationalsozialismus und ist das einzige seiner Art in Deutschland. Der Tränenpalast ist der Ort der deutschen Teilung, welcher die ehemalige Ausreisehalle von der DDR nach Westen am Bahnhof Friedrichstraße ist.

Informationsgespräche im Besucherzentrum des Bundesnachrichtendienstes, im Bundesrat und im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, gaben den Besuchern die Mög-

lichkeit eines Austauschs vor Ort und einen Einblick in die Aufgaben und Arbeit der Institute.

Der jeweilige Höhepunkt der Fahrt war jedoch die Besichtigung des Bundestages mit einem 360° Ausblick über die Hauptstadt auf der Reichstagskuppel. Bei einer Diskussion mit dem Abgeordneten Stephan Protschka, erfuhren die Besucher unter anderem von den Arbeitsalltag und -ablauf im Bundestag.

Mehrere dieser politischen Bildungsreisen werden jährlich durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung organisiert und an alle Abgeordneten vergeben.

Die nächste Fahrt mit MdB Stephan Protschka findet im September statt.

## Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

 /StephanProtschkaMdB

 stephan.protschka@bundestag.de

 /protschka.stephan

 www.stephan-protschka.de

 /Protschka

 @stephan.protschka.mdb

 @AfDProtschka

 @protschkasposition

## Keine Gewalt!

Unser Parteifreund und Mitstreiter Andreas Jurca aus Augsburg, ist Opfer eines strafbaren Überfalls geworden. Es ist ein weiterer Fall von physischer Gewalt gegen uns, eine massive Einschüchterung der Opposition in Deutschland. Doch wir stehen zusammen – uns bleibt gar nichts anderes übrig.

Allerdings ist es schon bitter und enttäuschend, mit wie wenig Mitgefühl und Emotionen, auf unserer Seite mit dem Verbrechen gegen uns umgegangen wird. Fast hat man das Gefühl, als ob viele Menschen in Deutschland, vor allem aber die öffentliche Presse, sagen würde „schade, dass er nur verletzt wurde“.

Mein Wunsch nach Freiheit, Frieden und mein demokratisches Verständnis, lässt nicht zu, mit zweierlei Maß zu messen. Alle Menschen sind gleich und haben ein Recht auf persönliche Unversehrtheit. Gerade in Bayern waren wir stolz auf unsere Innere Sicherheit. Wir waren stolz darauf, uns mit wenig Sorgen des Nachts auf den Heimweg zu machen. Doch Beispiele, wie die Gewalt gegen Andreas Jurca lassen uns zweifeln, an der Sicherheit im Allgemeinen, aber auch an der Sicherheit gegen uns ganz persönlich und als Gruppe in der Opposition.

Das ist auch das Ergebnis jahrelanger und hasserfüllter Hetze gegen die AfD.

Nach meiner Initiative im Europarat, Deutschland wegen dieser Hetze gegen die Opposition beobachten zu lassen, hatte das Thema unsere Bundesvorsitzende Alice Weidel zur Chefsache gemacht. In einem ausführlichen Interview mit dem „stern“ warf sie dem Verfassungsschutz vor, die AfD aus parteitaktischen Gründen zu bekämpfen: "Bei uns wird ein Inlandsgeheimdienst aufgefahen, um eine Partei vom politischen Wettbewerb auszuschließen. Der Verfassungsschutz ist selbst verfassungsfeindlich". Das Interview gipfelt in der Aussage "Hier wird die AfD zur politisch Verfolgten gemacht. Auch ich fühle mich politisch verfolgt."

Wir müssen das ändern. Opposition ist nicht nur im Parlament zulässig und angemessen. Wir dürfen im Privaten wie im Öffentlichen auch eine andere Meinung haben! Wir müssen diesem Netzwerk aus Mainstreammedien, NGO's und Altparteienkartell entgegentreten.

Ja, ich habe eine andere Meinung als Ricarda Lang von der Grünen-Hetz-Partei! Es ist ein Kern unserer politischen Aufgabe als Alternative für Deutschland: Minderheiten, Opposition schützen und ihre Rechte stärken.

## Petr Bystron, MdB

Wahlkreis 217: München-Nord

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Außenpolitischer Sprecher der AfD Fraktion
- Obmann und ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
- AfD-Mitglied im Vorstand des Kuratoriums der KENFO Stiftung



[petr.bystron@bundestag.de](mailto:petr.bystron@bundestag.de)



[www.petrbystron.de](http://www.petrbystron.de)



[/bystronpetr](https://www.facebook.com/bystronpetr)

## Hitzeschutzplan: Gesundheitsminister Lauterbach von eigenem Ministerium eiskalt erwischt

Hitzeschutzplan und Bekämpfung von Hitzetoten – Bundesgesundheitsminister Lauterbach hat nur wenige Monate nach Corona ein neues Thema, um die Bürger in Angst und Schrecken zu versetzen.

Nun teilte mir das Bundesgesundheitsministerium (Drucksache 20/8063) auf eine Anfrage mit, dass im Winter 2020/2021 unverändert deutlich mehr Menschen starben als im Sommer 2021. Knapp 300.000 ‚Wintertoten‘ stehen etwa 230.000 ‚Sommertote‘ gegenüber. Auch in den Vorjahren von 2016-2020 gab in den Wintermonaten deutlich mehr Todesfälle als in den Sommermonaten.

Hitzephobiker Lauterbach wurde von seinem eigenen Ministerium also eiskalt erwischt: Obwohl in den Wintermonaten 2020/2021 also etwa 68.000 mehr Menschen gestorben sind als im Sommer 2021, verbreitet er Panik wegen angeblich immer mehr Hitzetoten. Der Minister sollte sich besser die Zahlen seines Ministeriums anschauen und die tatsächlichen gesundheitspolitischen Probleme im Land angehen!

In derselben Anfrage gab die Bundesregierung zudem bekannt, dass sie keine Daten über die Temperaturentwicklung in Pflegeheimen und in Akutkrankenhäusern hat, wo die besonders vulnerablen Gruppen leben. Ebenfalls weiß die

Bundesregierung nicht, wie sich der Hitzeschutzplan finanziell auswirkt.

Es ist einerseits verständlich, dass Minister Lauterbach als Teil der Ampel-Koalition in den Regierungschor der Erdwärmung einstimmen muss, andererseits macht er sich bei Betrachtung der Fakten lächerlich. Eine bedrohliche Hitzewelle lässt sich nicht ablesen, ein Hitzeschutzplan ist insofern überzogene Effekthascherei.

Egal ob Corona-Politik oder Hitzeschutzplan, unsere Fraktion wird der ideologisch verblendeten Regierungspolitik auch weiterhin Daten, Fakten und Zahlen entgegenstellen und für Aufklärung sorgen. Lauterbach mag noch so viele Säue durchs Dorf treiben, die AfD-Bundestagsfraktion lässt sich davon nicht beeindrucken. Wir weiterhin einen kühlen Kopf bewahren.

### Martin Sichert, MdB

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Ausschuss für Gesundheit
  - Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- Gesundheitspolitischer Sprecher

 /sichertmartin

 /martinsichert

 /martinsichertinfo

 /MartinSichertMdB

 /Martin\_Sichert

 martin.sichert@bundestag.de

## Warum ein „Industriestrompreis“ Quacksalberei ist

Es ist wie wenn ein schlechter Arzt seinen Patienten erst auf eine karge Diät setzt und dann versucht, ihn mit einer Dauerinfusion wieder aufzupäppeln: Die Ampel-Regierung debattiert mal wieder, und zwar über einen „Industriestrompreis“.

Was steckt dahinter? Derzeit zahlen Industrieunternehmen in Deutschland für eine Kilowattstunde Strom ca. 13 bis 15 Cent – sieben Mal mehr als in China, viermal mehr als in den USA und dreimal so viel wie in Frankreich. Es ist keine Überraschung, dass gerade energieintensive Branchen immer stärker ins Ausland abwandern und insbesondere neue Investitionen dorthin umlenken. Die Folge ist eine beschleunigte Deindustrialisierung Deutschlands.

Für den Kinderbuchautor Robert Habeck, den wohl schlechtesten Wirtschaftsminister, den die Bundesrepublik Deutschland je hatte, lautet die Konsequenz: Man müsse nun den Strompreis für die Industrieunternehmen staatlich, also mit Steuergeld, auf 6 Cent pro Kilowattstunde heruntersubventionieren. Das soll bis zum Jahr 2030 rund 30 Milliarden Euro kosten. Angeblich würde dann, 2030, genug Wind- und Sonnenstrom zur Verfügung stehen, sodass die Subvention nicht mehr gebraucht würde. Seltsam: aus demselben Hause kommt eine Untersuchung,

die aufzeigt, dass der Strompreis bis in die 40er Jahre hinein hoch bleiben würde! In welchem Märchenbuch steht nun das Richtige?

Dabei ist es ja gerade die grüne Politik, die für die höchsten Strompreise der Welt sorgt! Das gleichzeitige Abschalten von Kernkraft und Kohlestrom kann eben nicht gutgehen. Es ist diese aberwitzige „Stromdiät“, die die Industrie in unserem Lande schwindsüchtig macht. Aber statt diese Ursache abzustellen, legen die Quacksalber um Habeck dem Patienten eine Infusionsnadel, die aus einer Flasche mit Steuermitteln versorgt werden soll. Der Mittelstand wird dabei noch dazu leer ausgehen. Schlimmer kann man Deutschland kaum mehr kaputtregieren. Die AfD-Fraktion im Bundestag stellt regelmäßig Anträge zur Reaktivierung der Kernkraft – das wäre die richtige Antwort auf Stromkatastrophe und Deindustrialisierung!



**Wolfgang Wiehle, MdB**

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Haushaltsausschuss
- Verkehrsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Digitales
- Petitionsausschuss

 [wolfgang.wiehle@bundestag.de](mailto:wolfgang.wiehle@bundestag.de)

 [/w.wiehle](https://www.facebook.com/w.wiehle)

 [www.wolfgang-wiehle.de](http://www.wolfgang-wiehle.de)



## Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss

 @Dr\_Rainer\_Kraft

 www.rainer-kraft-mdb.de

 /RainerKraftAfD

 /dr.rainer.kraft

## Renaissance der Kernkraft in Deutschland?

Im Juli diesen Jahres hat eine Studie der

'Radiant Energy Group' in Fachkreisen und unter Kernkraftbefürwortern für Furore gesorgt. Diese Studie hat dargelegt, wie man in Deutschland binnen 3 Jahren bis zu 8 Reaktorblöcke wieder in Betrieb nehmen könnte.

Dies wäre natürlich, aufgrund der falschen politischen Entscheidungen der Schröder-, Merkel- und Scholzregierung mit Kosten verbunden. Jedoch wäre das Ergebnis einer zuverlässigen und preiswerten Stromversorgung für den Standort Deutschland ein kluges Investment, dass sich, im Gegensatz zu Windrädern, potemkinschen Wasserdörfern und E-Truck Oberleitungsbahnen schnell amortisieren würde.

Die Studie macht für die Instandsetzung der ehemaligen KKW drei Probleme aus, die es zu überwinden gilt.

Zum Ersten, das Atomgesetz, dass eine kommerzielle Stromerzeugung aus Kernkraft in Deutschland verbietet. Dann, die entsprechenden Genehmigungen der Landesbehörden, die den jeweiligen Landesregierungen obliegen, sowie zuletzt, die Bereitschaft der Eigentümer der Anlagen.

Die ersten beiden Punkte sind rein politisch. D.h. Im Falle einer Beteiligung der AfD an einer Regierung, bzw. der Duldung einer solchen durch die AfD wäre diese politische Blockade über Nacht

gelöst.

Zu guter Letzt, die Betreiber. Hier gibt es große Unterschiede. So sieht z.B. E.ON einen Weiterbetrieb positiv, RWE auf der anderen Seite lehnt einen solchen ab.

Hier liesse sich aber sicher mit öffentlichen Druck, (2/3 der Bürger befürworten die preiswerte und zuverlässige Kernkraft) nachhelfen.

Die Regierung indeß läßt das alles kalt. Szenarien zur Wiederinbetriebnahme werden nicht verfolgt und Studien wie die vorliegende nicht ausgewertet. Dafür werden Pläne verfolgt zum Industriestromsozialismus und um wenigstens noch ein bisschen Ansiedlung zu bekommen werden Investmentkosten und Subventionen in Milliardenhöhe aus dem Steuerzahlertopf großzügig verteilt.

Das verbessert aber weder die Rahmenbedingungen, noch entlastet es Bürger und Unternehmen. Wie immer hat die Regierung nicht das Wohl Deutschlands im Sinn.

## Deutsche Auslandseinsätze - ein Scheitern mit Ansage

Im Niger hat Ende Juli eine Militärregierung die Macht übernommen. Ein weiterer gefährlicher Konflikt im Herzen Afrikas, den angeblich niemand kommen sah oder vielmehr, den die Bundesregierung in ihrem Wunschdenken vom letzten „Stabilitätsanker“ in der Sahelzone nicht kommen sehen wollte, obwohl zuvor schon das Militär in Mali, im Tschad, in Burkina Faso und in Guinea die Macht übernommen hat. Eigentlich sollte bis zum Jahresende der Abzug der Bundeswehr aus dem Nachbarstaat Mali über Niger abwickeln werden. Es bleibt derzeit offen, ob dies noch gelingt und wieviel teures Militärggerät zurückgelassen oder zerstört werden muss. Die 26 Millionen Einwohner Nigers, eines der flächenmäßig größten Länder Afrikas und knapp 4mal so groß wie Deutschland, sind trotz des Rohstoffreichtums im Land bitterarm. Ein Großteil der jungen Bevölkerung sieht keine Perspektiven, meldet sich bei den neuen Machthabern freiwillig zum Militärdienst, jubelt auf den Straßen der Hauptstadt Niamey Russland zu, von dem man sich - wie im Nachbarland Mali - Sicherheit gegen den islamistischen Terror verspricht oder macht sich gleich auf den Weg nach Europa.

Ich habe mit der damaligen Ministerin Lambrecht im Dezember letzten Jahres noch unsere Soldaten in Mali und Niger besucht. Durch Gespräche am Rande

der Reise wurde mir schon damals schnell klar, weshalb viele Menschen der Kooperation mit dem Westen und ganz besonders mit Frankreich überdrüssig sind. Frankreich dominiert und diktiert - wie auch in Mali - seit Jahren die Zusammenarbeit mit seinen ehemaligen Kolonialstaaten im Sahel und nutzt die riesigen Uranminen in Niger für seinen billigen Atomstrom.

Im Schlepptau von Frankreich steht nun auch Deutschland vor einem Scherbenhaufen seiner Sahel-Politik. Die Strategie der Bundesregierung, in EU-Trainingsmissionen u.a. ausgerechnet Kampfschwimmer der Bundeswehr in den afrikanischen Wüstenstaat zu schicken, um die nigerianischen Streitkräfte zur Terrorbekämpfung zu befähigen, und schließlich noch in diesem Frühjahr - drei Monate vor dem Putsch - ein neues Mandat zur Teilnahme der Bundeswehr an der EU Partnerschafts-Mission EUMPM Niger im Bundestag zu erwirken, ist in erschreckender Parallele zu Afghanistan gescheitert. Warum? Weil das außenpolitische Engagement der Bundesregierung auf der Illusion basiert, allein durch Ausbildung und partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit in Staaten mit tradierter Stammeskultur demokratische, rechtsstaatliche Strukturen etablieren, Armut verringern und Mädchen Bildung ermöglichen zu können.

### Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Verteidigungsausschuss
- Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung
- Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- NATO Parlamentarische Versammlung

 /GeroldOttenAfD

 @gerold\_otten

 /gerold.otten

Web: [www.mdb-otten.de](http://www.mdb-otten.de)

 /t.me/MdB\_Otten

## Ampel will mit Allgemeinem Gleichbehandlungsgesetz noch weiter Recht nach Gesinnung

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist ein zweischneidiges Schwert. Der Fokus liegt neben Arbeitsverhältnissen auch auf Dienstleistungen und Mietrecht, es greift erheblich in die private Entscheidungsfreiheit ein und ist damit erst einmal alles andere als freiheitlich. Jeder aktive AfDler würde sich sicherlich hier und da wünschen, dass er auch in privaten Dingen nicht diskriminiert werden könnte, sei es wegen Parteizugehörigkeit oder Zugehörigkeit zur bösen deutschen Mehrheitsgesellschaft. Genau so eine rein politische Ungleichbehandlung (raus aus dem Restaurant, du kriegst die Wohnung nicht) wurde jedoch bei der Einführung des Gesetzes 2006 kurzfristig und klammheimlich herausgestrichen. Zu gefährlich war es wohl und das Einfallstor für die „richtigen Benachteiligten“ war ohnehin schon gut zu rechtgezimmert mit den Begriffen: Rasse, Religion sowie sexuelle Identität. Aber was ist mit dem Begriff „Weltanschauung“? Das schützt doch sicher politische Ansichten? Leider nein, so gut wie nie wird dies vor Gerichten auf Parteipolitik angewandt, und genau diese Auslegung wurde auch bei der Verabschiedung des AGG „mit auf den Weg gegeben“. Offensichtlich kein Zufall.

Dass die Ampel schon lange den Begriff „Rasse“ ersetzen will, ist bekannt. Anfra-

gen meinerseits haben nun aber auch ergeben, dass die berühmte Frau Ferda Ataman („Anti“diskriminierungsbeauftragte) nun tatsächlich daran festhält, die Beweislast umzukehren! Wer also behauptet, diskriminiert worden zu sein, soll es nur noch „glaubhaft“ machen. Beweise sind ja konservativ und von gestern ... Man siehe z.B. Lindemann von Rammstein. Hauptsache die Gesinnung stimmt, dann wird freilich alles „glaubhaft“ sein. Dazu kommt natürlich wieder ein Klagerecht für NGOs, die selbst gar nicht betroffen sind. Das übliche zersetzende Efeu-Gestrüpp der allgemeinen Empörungsgesellschaft also, welches nahtlos zu den Denunziierungsmöglichkeiten gegen Arbeitgeber (Hinweisgeberschutz) und Verbot der Gegenwehr (SLAPP-Klagen) hinzugefügt wird. Dazu hatte ich bereits berichtet. Jedenfalls ist man sich erneut nicht zu schade, Hand in Hand mit der EU den Gesinnungs-Staat auszubauen. Zitat Ataman: „Deutschland hat mit den schlechtesten Diskriminierungsschutz“. Ja, was soll man da noch sagen. Vorwärts zur Planerfüllung!

### Tobias Peterka, MdB stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

#### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Unterausschuss Europarecht
- Rechtsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Wahlausschuss

 /tobiasmpeterka  tobias.peterka@bundestag.de

 /tobiaspeterka

## Vorbereitung für gefährlichen Mali-Einsatz – Truppenbesuch in Sonthofen

Im Juli besuchte ich gemeinsam mit meinem Kollegen aus dem Verteidigungsausschuss Gerold Otten die Schule ABC-Abwehr und gesetzliche Schutzaufgaben in Sonthofen.

Gerade in der sitzungsfreien Zeit gilt es, viele Termine im Wahlkreis wahrzunehmen und auch die Gelegenheit zu nutzen mit den Soldaten unserer Bundeswehr ins Gespräch zu kommen. Kommandeur Oberst Richardt empfing uns freundlich und erklärte uns die Aufgaben seiner Schule. Die Truppe ist hochmotiviert und spezialisiert; wir bekamen Einblicke in unterschiedliche Bereiche und konnten vor Ort beim gemeinsamen Mittagessen Gespräche mit den Soldaten führen, die gerade für den gefährlichen Einsatz in Mali als vermutlich letztes Kontingent vorbereitet werden. Hier besteht die Kernaufgabe in der Wasseraufbereitung und Desinfektion gegen Tierseuchen. Die Ausbildung und Sicherheit der Soldaten ist wichtig, doch den Einsatz in Mali sehen wir sehr kritisch und lehnen ihn als AfD-Fraktion ab. Auch bei diesem Truppenbesuch wurde schnell das Problem Personal deutlich: Ohne Wehrpflicht ist die Gewinnung motivierter junger Leute schwierig. Hier wird allerdings an interessanten neuen Konzepten für die Nachwuchsgewinnung vor Ort gearbeitet. Hier wurde veranschaulicht wie

professionell und vielfältig die international nachgefragten Lehrgänge der Schule sind. Zu guter Letzt noch ein Eintrag ins Gästebuch, in dem wir uns herzlich für die interessanten Einblicke und Gespräche bedanken.

Als „Ehemaliger“ war ich natürlich auch zu Besuch bei den Fallschirmjägern in der Luftlande- und Transportschule in Altenstadt. Für mich war die Zusammenkunft auch deshalb besonders interessant, weil ich dort vor 25 Jahren selbst die Fallschirmsprungausbildung absolviert habe.

Die Schule ist das Mutterhaus der Fallschirmjägertruppe und die zentrale Ausbildungseinrichtung der Bundeswehr und der Spezialkräfte für Luftlande- und Lufttransportausbildung. Zwar wird hier noch immer am alten Rundkappenschirm trainiert, aber inzwischen gibt es dazu ein Nachfolgemodell. Anfang April diesen Jahres sind Ausbilder erstmals mit dem neuen Fallschirm EPC-B über Altenstadt abgesprungen. So sind Landefall und Aufschlag nicht mehr ganz so rustikal wie damals. Dieses neue System minimiert mit verbesserter Technik das Verletzungsrisiko. Die Herausforderungen werden von der Truppe vor Ort mit hoher Motivation gemeistert. Ein interessanter Besuch mit spannenden, teilweise auch neuen Einblicken.

### Peter Felser, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

• Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Stellv. Mitglied

• Verteidigungsausschuss

✉ [peter.felser@bundestag.de](mailto:peter.felser@bundestag.de)

🐦 @PeterFelser

📘 /peterfelserafd

🌐 [www.peterfelser.de](http://www.peterfelser.de)

## Mehr als jeder Zweite (56 Prozent) würde am liebsten auswandern!

Zwei Drittel der Deutschen misstrauen der Regierung und ihrer Politik und 56 Prozent der Befragten würden am liebsten auswandern. Die Gründe: 79 Prozent sagen, dass die Mitmenschlichkeit verloren gegangen sei; 84 Prozent verspüren eine zunehmende Aggressivität in der Bevölkerung; 75 Prozent vermischen einen ausreichenden Einsatz für unser westliches Wertesystem. Diese Ergebnisse wurden vor kurzem in einer aktuellen Studie des Kölner Meinungsforschungsinstituts Rheingold vorgestellt (<https://www.rheingold-marktforschung.de/gesellschaft/deutschland-auf-der-flucht-vor-der-wirklichkeit/>).

Dazu teilt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion im Bundestag, Gerrit Huy, mit:

"Die deutschen Bürger haben das Vertrauen in ihr Land und ihre Regierung verloren. Nur ein Drittel traut der Politik noch Lösungskompetenz zu, Zweidrittel hingegen rechnet mit einem sinkenden Lebensstandard.

Die Bürger glauben nicht mehr daran, dass es ihren Kindern einmal besser gehen wird als ihnen selbst. Was deutsche Familien früher zu Fleiß und Aufbauarbeit motiviert hat, ist damit verloren gegangen. Schuld hat eine klimaorientierte Politik, die vergessen hat, dass es die Bürger sind, die sie bezahlt und in

deren Auftrag sie laut unserer Verfassung tätig ist.

Hinzu kommt die unsägliche Einwanderungsmisere, die die Ampel-Regierung offensichtlich nicht beenden will. Dafür fällt sie sogar der EU in den Rücken. Aber was ist ein Land noch wert, dessen Bürger mehrheitlich wegziehen wollen?

Es ist ein Zustand, der an die Verzweiflung der ehemaligen DDR-Bürger erinnert, die am Ende ihr unfähiges sozialistisches Regime einfach wegdemonstriert haben. Bei uns gibt es, abgesehen von der „Wegzugssteuer“, noch keine Mauer um unser Land. Immer mehr Deutsche nutzen dies und wandern aus. Und immer mehr Migranten nutzen dies und wandern ein. Die meisten sind kulturfremd, können häufig weder lesen noch schreiben noch rechnen. Für sie gibt es das Bürgergeld. Arbeiten müssen sie dafür nicht. Kein Wunder, dass manche in diesen Trends einen „Bevölkerungsaustausch“ sehen. Nur mit der AfD hätte diese unselige Entwicklung ein schnelles Ende.“

### Gerrit Huy, MdB

Wahlkreis 226: Weilheim

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obfrau im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Arbeitsmarktpolitische Sprecherin
- Obfrau Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement
- Stellv. Mitglied im Finanzausschuss

 [gerrit.huy@bundestag.de](mailto:gerrit.huy@bundestag.de)

 [@GerritHuy](https://twitter.com/GerritHuy)

 [/gerrithuy.afd](https://www.facebook.com/gerrithuy.afd)

 [www.gerrithuy.de](http://www.gerrithuy.de)

 [@gerrithuy.afd](https://www.instagram.com/gerrithuy.afd)

 [t.me/gerrithuy](https://t.me/gerrithuy)

 YouTube

 [@gerrithuy](https://www.tiktok.com/@gerrithuy)

**Gefällt Ihnen unser  
Rundbrief?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:  
[landesgruppe@afdbayern.de](mailto:landesgruppe@afdbayern.de)



**Politik für Deutschland  
AfD Bayern im Bundestag**